

## Öffentliche Sitzung

des Klima-, Umwelt-, Energie- und Bauausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung

am Mittwoch, den 18.10.2023

im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

### Anwesend:

#### **Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

#### **stellv. Vorsitzender**

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

#### **CDU**

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

#### **Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

#### **SPD**

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

#### **sozial.ökologisch.links.**

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

#### **Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-

Streit

#### **FDP/FW**

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

#### **Verwaltung**

Herr René Bantel

#### **Schriftführerin**

Frau Melanie Bihlmaier

#### **Verwaltung**

Herr Geschäftsführer Peter Ernst

Herr Jan Fischer

Herr Alexander Groll

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

#### **Gast**

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Abwesend:

CDU

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

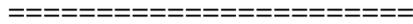
**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Stadträtin Barbara Bijok

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

## Tagesordnung



- 1** Kommunale Wärmeplanung Schwäbisch Gmünd  
– Entwurf des Endberichts (Maßnahme 2 - Maßnahmenkatalog „Gmünd für morgen“)
- 2** Sanierungskonzept Kinderspielplätze
- 3** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 3.1** Weiße Flecken
- 4** Bekanntgaben
- 5** Anfragen
- 5.1** Klinik
- 5.2** Fahrradstraße Klarenbergstraße

**zu 1      Kommunale Wärmeplanung Schwäbisch Gmünd  
– Entwurf des Endberichts (Maßnahme 2 - Maßnahmenkatalog „Gmünd für  
morgen“)  
Vorlage: 188/2023**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Herrn Kleemann.

Herr Fischer führt in den Sachverhalt ein.

Herr Kleemann (RBS Wave) stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man in die Ortschaftsräte gehen und danach im Ausschuss vorberaten werde.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Vorstellung. Es sei ein umfassendes Werk, wo auch viele Detailinformationen enthalten seien. Die andere Seite sei, dass dort auch sehr viel Theorie enthalten sei. Man müsse in die Umsetzung kommen. Die Planung sei eine Vorarbeit, es gebe aber auch die Mobilitätsplanung und Netzplanung, man müsse alles zusammenführen. Die Öffentlichkeitsarbeit sei sehr wichtig, man müsse die Menschen immer mitnehmen und dürfe es nicht zu kompliziert machen. Das beste Beispiel sei das Heizungsgesetz, völlig unabhängig vom Inhalt. Dies habe sehr viel Verunsicherung gebracht. Genauso wie in Bettringen stelle man es sich vor. Man sei überzeugt, dass man das Wärmenetz in Bettringen hinbekomme. Man dürfe den Menschen nichts vormachen, es sei ein langer Weg, die Wärmenetze auszubauen. Das eine sei zu sagen, wo sie kommen könnten, aber man müsse auch ehrlich sein und sagen, wie lange es dauere. Daher müsse man auch sagen, was nacheinander komme. Man könne das Stadtgebiet nicht in den nächsten zehn Jahren bearbeiten, dies wäre utopisch. Er erkundigt sich, ob die Bürger der Stadt Schwäbisch Gmünd im Nachteil seien, wenn diese ab Januar 2024 gelten würde, wenn es für den Bund erst ab 2026 gelte und ob die Übergangsregelung dann nicht mehr vorhanden sei.

Herr Kleemann antwortet, dass diese Frage viele in Baden-Württemberg umtreibe. Die Bürger in Baden-Württemberg würden nicht schlechter gestellt werden. Wenn man in den Entwurf des Bundesgesetzes hineinblicke, so unterscheide man zwischen den Gemeindegrößen. Bis 2028 müsste man sowieso einen Wärmeplan erarbeiten. Schwäbisch Gmünd sei nicht schlechter gestellt, man könne Dinge jedoch schneller vorantreiben.

Herr Geberth äußert, dass es um die formale Festsetzung gehe.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man die Bevölkerung mitnehme, man dürfe es für die Bevölkerung nicht nach Zwang aussehen lassen. Zum Gebäudeenergiegesetz äußert er, dass es am Anfang gut gewesen sei, es sei nun durch un-gute Diskussionen durchlöchert. Man habe sehr gut aufgelistet, welchen Bedarf man in einzelnen Gebieten habe. Die Gmünder Innenstadt müsse man prioritär angehen. Schwieriger werde es in schlecht verdichteten Gebäuden. Die Nahwärmeversorgung

sei wirtschaftlicher, je schlechter das Gebäude saniert sei. Er erkundigt sich, ob man in Richtung kalte Nahwärme gehe. Dann könne man im Sommer auch kühlen. Er erkundigt sich, wo man Wärmequellen habe. Das Abwassernetz und die Industrie würden Abwärme erzeugen. Andere Nahwärme müsste man zunächst erstellen. Er erkundigt sich nach der Windenergie.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man über die Windenergie in nichtöffentlicher Sitzung sprechen werde.

Herr Klemann führt aus, dass das Nahwärmenetz noch näher ausgearbeitet werde und geprüft werde, wo auch kalte Nahwärme Sinn mache. Bei kalter Nahwärme brauche man eine Wärmepumpe. Damit man effektiv arbeite, brauche man eine geringe Vorlauftemperatur. Diese erreiche man im Altbestand durch größere Heizkörper, da sonst die Heizflächen nicht mehr ausreichen würden. Daher sei dies eher in Bereichen mit lockerer Bebauung möglich. In der Innenstadt wäre kalte Nahwärme nicht möglich. Kalte Nahwärme habe den Vorteil, dass man sich keine Wärmequelle suchen müsse, v.a. im Winter.

Stadtrat Schwab/SPD bedankt sich, man habe nun eine wichtige Datengrundlage für die Wärmewende in Schwäbisch Gmünd. Diese liefere einen wichtigen Beitrag und eine Grundlage für den Klimaschutz und das Erreichen der Klimaneutralität 2035. Zum Gebäudeenergiegesetz führt er aus, dass es gut gewesen sei, dass man im Prozess die Verzahnung mit der kommunalen Wärmeplanung mitbedacht habe. Man habe keinen Nachteil, sondern einen Vorteil, weil man früher in die Umsetzung der Wärmenetze gehen und den Bürgern Alternativen anbieten könne im Vergleich zu anderen Bundesländern. Wenn man die Klimaneutralität 2035 erreichen wolle, wisse man, wie schnell man sein müsse, wenn man das selbstgesteckte Ziel erreichen wolle. Man müsse eine Planungssicherheit für die Bürger herstellen. Es gebe drei Kriterien, von denen man sich leiten lassen solle: 1. Hätten die Bürger Alternativen oder seien sie auf ein Wärmenetz angewiesen? 2. Wirtschaftlichkeit, 3. Relation der Emissions einsparung im Verhältnis zu den benötigten Finanzmitteln. Diese Kriterien seien wichtig und handlungsweisend. Die Stadtwerke könnten nicht alle Wärmenetze finanzieren in dem Zeithorizont, den man sich gegeben habe. Daher sei es auch schon heute wichtig, dort wo es Sinn mache, Wärmenetze zu errichten. Man könne mit den Bürgern Genossenschaftsmodelle erarbeiten oder lokale Banken mit ins Boot holen und die Stadtwerke als Dienstleister mit einbinden. Die Transformation der Wärmeversorgung werde in Deutschland so negativ betrachtet. Dänemark mache dies seit Jahren vor. Wenn man sich auf den Weg mache und mit geballter Kraft zur Tat schreite, werde man die Wärmeversorgung sicherer und nachhaltiger machen.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. bedankt sich für den Entwurf der kommunalen Wärmeplanung, der sehr spannend sei. Dieser bringe Informationen, die auch für Privathaushalte interessant seien, er sei eine fantastische Grundlage. Das Gebäudeenergiegesetz in der vorliegenden Form sei viel zu mild. Man müsse viel strikter und radikaler sein, wenn man es ernst nehme. Er erkundigt sich, ob man es für realistisch halte. Die Wahrscheinlichkeit, dass man die Klimaneutralität 2035 erreiche, sei absolut unrealistisch. Er bedankt sich für die Definition der Klimaneutralität, es sei bereits eine eingeschränkte Definition. Er äußert außerdem, dass der Import von Wasserstoff nicht klimaneutral sei. Wenn man die Pipeline betrachte, sei es fragwürdig, ob man in sieben

Jahren so weit sei. Auch die Wärmenetze würden damit zusammenhängen. Die Wärmeplanung sei spannend und wichtig, hänge aber an vielen Eventualitäten. Die Erreichung der Klimaneutralität 2035 könne er nicht erkennen.

Herr Kleemann antwortet, dass man verschiedene Dinge in den Zeithorizont mit eingearbeitet habe. Es sei ein Plan auf einer Flughöhe, der noch nicht die Frage der Umsetzung behandle. An der ein oder anderen Stelle werde man im weiteren Verlauf vielleicht auch feststellen, dass es so nicht umsetzbar sei und man nach Alternativen suchen müsse.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen signalisiert Zustimmung und weist darauf hin, dass die Bürgerbeteiligung sehr wichtig sei. Die Informationsveranstaltung in Bettringen sei sehr gut gewesen. Für sie sei wichtig, dass die Flexibilität des einzelnen Bürgers weiterhin gegeben sei. Wenn ein Bürger ein Fernwärmenetz angeboten bekomme und lieber eine Wärmepumpe haben wolle, müsse dies weiterhin möglich sein.

Herr Kleemann antwortet, dass es den Anschluss- und Benutzungszwang gebe, es sich hierbei aber um kein modernes Instrument mehr handle. Man stehe an der ein oder anderen Stelle mit dem Rücken zur Wand. Es sei wichtig, die Klimaneutralität zu erreichen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen weist darauf hin, dass man viele Häuser im ländlichen Raum habe und das Wärmenetz nicht so effektiv heizen könne, dass es warm werde. Wenn Holzheizungen und Heizungen mit fossilen Brennstoffen verboten werden sollen, stelle sich die Frage, wie Menschen ihre Wohnungen dann warm bekommen würden. Sie verstehe nicht, warum man naheliegende Lösungen wie beispielsweise das Heizen mit Holz verbiete. Sie erkundigt sich, wie man dazu stehe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es die Politik sei, die dies definiere.

Herr Kleemann antwortet, dass man bei einer Wärmepumpe auch die Gebäudehülle berücksichtigen müsse, es gehe auch um Investitionen. Bisher seien die Anlagen und der Brennstoff für ein einzelnes Haus günstig gewesen und einfache Technik verbaut worden. Dies habe man in dieser Form künftig nicht mehr. Man erkaufe sich die Klimaneutralität mit investitionsintensiven Anlagen. Dies sei ein Fakt.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies auch bedeute, dass man das Geld benötige, um es umsetzen zu können. Man müsse niemanden zwingen. Wenn entsprechende Abgaswerte festgelegt werden und der Kaminfeger dies kontrolliere, dann gehe es irgendwann auch darum, wie viel ein Haus wert sei. Man brauche somit keinen direkten Zwang, es werde sich aber indirekt auswirken.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste bedankt sich für den Vortrag. Sie sei gespannt auf die Diskussion in den Ortschaftsräten.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass man die Flughöhe häufig erwähnt habe und auch, dass man Vieles auf der Flughöhe nicht umsetzen könne. Es sei aktuell eine Gleichung mit vielen Unbekannten.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass man nun die Ortschaftsräte anhöre und am 06.12.2023 im Ausschuss erneut vorberate. Den Beschluss brauche man bis 31.12.2023, daher werde man am 20.12.2023 darüber beschließen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11  
nachrichtlich an Amt:

**zu 2 Sanierungskonzept Kinderspielplätze**  
**Vorlage: 189/2023**

**Protokoll:**

Abgesetzt.

**zu 3 Ausblick auf künftige Vorhaben**

**zu 3.1 Weiße Flecken**

**Protokoll:**

Herr Groll führt aus, dass man den Ausbau der weißen Flecken weiter vorantreiben und an die Haushalte Hausanschluss- und Gestattungsverträge versenden werde. Man setze auf den bisherigen Weg.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 10.4

**zu 4      Bekanntgaben****Protokoll:**

Keine.

**zu 5      Anfragen****zu 5.1    Klinik****Protokoll:**

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass es eine verwirrende Diskussion über die Klinikstruktur sei. Sie bittet um Aufklärung.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass der Landrat am 08.11.2023 in den Gemeinderat kommen werde. Wichtig sei, dass es um den Kreis und nicht um die Stadt gehe.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 1  
nachrichtlich an Amt:

**zu 5.2    Fahrradstraße Klarenbergstraße****Protokoll:**

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Fahrradstraße Klarenbergstraße. Er bittet um Details der Antwort des Regierungspräsidiums und bittet um eine Sitzung der interfraktionellen Radgruppe, möglichst vor dem Südstadtforum.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass das Südstadtforum Ende November/Anfang Dezember tagen werde. Es gebe ein Missverständnis zwischen den Ämtern. Er habe heute in einer internen Besprechung nochmals klar gesagt, dass man eine förderfähige Planung benötige. Diese werde man im Südstadtforum präsentieren. Die

Antwort des Regierungspräsidiums könne man gerne der interfraktionellen Radgruppe zukommen lassen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 66. 30  
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den .....  
Oberbürgermeister:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat: